

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . 18.—Kč, vierteljährlich 48.—Kč, halbjährig . . . 96.—Kč, ganzjährig . . . 192.—Kč. Für Deutschösterreich monatlich 400.—öK, für Deutschland 40.—Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

## Ende des Bergarbeiterstreits.

Eine der bedeutsamsten sozialen Krisen seit dem Bestande der tschechoslowakischen Republik ist gestern durch die Einigung zwischen den Vertretern der Grubenbesitzer und der Bergarbeiter einer wenn auch — wie gleich gesagt werden soll — nur vorläufigen Lösung zugeführt worden. Das gestern getroffene Uebereinkommen wird der stattfindenden Revierkonferenz in Mähr.-Osttau vorgelegt werden, die es aller Voraussicht nach annehmen wird. Morgen treten die Arbeiter wieder ihre Arbeit an.

Es ist kein Zweifel, daß die Lösung der Streitfrage ein Erfolg der Bergarbeiter ist. Der geplante Anschlag der Unternehmer auf die Arbeitslöhne ist abgewehrt worden. Der gegenwärtige Lohnvertrag, der im November vorigen Jahres abgeschlossen wurde, bleibt weiter aufrecht. Den Regearbeitern bleiben ihre Löhne grundsätzlich gewahrt, den Gedingarbeitern bedingt durch die um 6,2% zu steigende Förderung, was bereits de facto geschehen ist, so daß unter dieser Bedingung der bestehende Durchschnittsverdienst pro Schicht eine Erhöhung von 55 auf 58 K erfährt. Die Unternehmer mußten von ihrer festen Absicht, eine Lohnreduktion durchzuführen, abgehen und sind verpflichtet worden, die in der vorigen Woche den Arbeitern gemachten Abzüge nachzuzahlen. Dies ist ein greifbarer Erfolg nicht nur der Bergarbeiter, deren geschlossener Solidarität (auch hier erwies sich das Zusammengehen der drei Bergarbeiterverbände als vorbildlich für die Gewerkschaftsbewegung dieses Staates) dies zu danken ist, sondern der gesamten Arbeiterklasse. Wäre den Unternehmern ihre Absicht, die Löhne der Bergarbeiter herabzusetzen, gelungen, hätte diese eine unmittelbare Gefahr für alle Arbeiterschichten heraufbeschworen. Die Unternehmer der anderen Branchen hätten ihren Kollegen aus dem Bergbau sicherlich nicht nachsehen wollen. Der Erfolg der Bergarbeiter wird den Kapitalisten aller Industriezweige wohl den Appetit, zu einseitigen Lohnreduktionen zu schreiten, nehmen. Die Bergarbeiter waren hier die Vorkämpfer der gesamten Arbeiterschaft, ihnen gebührt der Dank der Arbeiter aller Berufsweige.

Es muß jedoch ausgesprochen werden, daß hiemit die Krise im Bergbau nicht beseitigt worden ist. Die getroffenen Abmachungen bleiben längstens bis Ende Jänner in Geltung und dann stehen wir wieder vor derselben Situation, aus der wir eben herausgekommen sind, wenn die Regierung ihre Haltung inzwischen nicht ändert. Die Krise im Bergbau kann erst dann dauernd behoben werden, wenn die Regierung von ihrem starren Festhalten an der unsinnig hohen Kohlensteuer abgeht, wenn sie nicht durch eine wohlbedachte Tarifpolitik die Möglichkeit der Verbilligung der Kohle gibt und wenn sie nicht ihre ganze Handels- und Zollpolitik ändert. Die verkehrte Handelspolitik der Regierung, die von rein politischen Gesichtspunkten geleitet ist und dadurch den Bedürfnissen unserer Volkswirtschaft nicht gerecht wird, ist ein Hindernis des Exports, sowohl von Kohle wie von Fertigfabrikaten. Wenn eine Aenderung innen kurzem nicht eintritt, werden wir Krisen, wie wir sie eben durchgemacht haben, in allen Industriezweigen erleben. Der Arbeitsminister Tucey und der Minister für soziale Fürsorge dürfen nicht nur die Rolle der freiwilligen Feuerwehr in der Regierung spielen, die alle Anstrengungen macht, einen Brand zu löschen, wenn er schon ausgebrochen ist, sondern sie müssen

## Der Mähr.-Osttrauer Streit beendet.

Keine Lohnherabsetzung. — Erhöhung der Förderungsleistung um 6,8 q. — Der Lohnvertrag bleibt aufrecht.

Nach der Stillisierung der Arbeitervertreter hat das getroffene Uebereinkommen zwischen den Unternehmern und Arbeitern folgenden Wortlaut: Bei der im November erreichten erhöhten Arbeitsleistung um 6,8 q entfällt durchschnittlich auf das Gedinge eines Bergarbeiters ein Lohn von 58 K. Wird die Arbeitsleistung auf mehr als 6,8 q erhöht, muß der durchschnittliche Lohn des Bergarbeiters um so viel Prozent mehr als 58 K.— betragen, um so viel die durchschnittliche Arbeitsleistung über 6,8 q steigt. Im gleichen Verhältnis müssen auch die übrigen Arbeiter verdienen. An den zeitlichen Löhnen wird nichts geändert. Den Arbeitern, welche infolge der Herabsetzung der Aufgaben im November weniger erreichten, als den vertraglich im November festgesetzten

Durchschnitt, werden die Löhne bis auf diesen Durchschnitt geregelt (mit Nachzahlung für bereits ausgezahlte Lohnperioden).

Der Vertrag vom November 1920 mit dem oben angeführten Nachtrag wird von Neuem in Wirksamkeit gesetzt, bis zum Abschluß eines neuen für das ganze Reich gültigen Kollektivvertrages.

Auf Grund dieser Abmachung, welche längstens bis Ende Jänner 1922 in Geltung zu treten hat, übernehmen die beteiligten Organisationen die Verpflichtung, die Bergarbeiter dazu zu bewegen, am 7. Dezember 1921 von Neuem ihre Arbeit anzutreten und geben bekannt, daß der Grundsatz dieser Vereinbarung für die Verhandlung über den in Aussicht stehenden Kollektivvertrag für keine der beteiligten Parteien bindend ist.

## Die koalitierten Verbände an die Bergarbeiter.

Die augenblickliche Streikursache behoben. — Die Sitzung der drei koalitierten Bergarbeiterverbände haben in ihrer Sitzung vom 6. ds. M. die Antwort der Mährisch-Osttrauer Grubenbesitzer auf ihren Vermittlungsvorschlag vom 5. ds. M. verhandelt. Die Antwort der Unternehmer, die der Herr Minister für öffentliche Arbeiten in der Sitzung vom 6. ds. M. dem Abgeordnetenhaus im Wortlaut zur Kenntnis brachte, weicht in drei Punkten von dem Wortlaut des von den Bergarbeiterverbänden gestellten Vermittlungsantrages ab. Im Wesen und im Grundsatz aber haben die Unternehmer den Vorschlag der Bergarbeiterverbände akzeptiert und dadurch ihre Absicht, die Löhne herabzusetzen, aufgegeben. Die koalitierten Bergarbeiterverbände erklären, daß dadurch die augenblickliche Streikursache für das Osttrauer Gebiet behoben ist und empfehlen den Osttrauer Bergarbeitern, die Arbeit ohne Verzug und so einträglich und solidarisch aufzunehmen, wie es nadergelegt wurde.

Sollten sich bei der Auslegung über die von den Unternehmern vorgeschlagenen Aenderungen des Vermittlungsvorschlages der Bergarbeiterverbände Meinungsverschiedenheiten ergeben, so erachten sich die Verbände an die von den Unternehmern vorgenommenen Aenderungen für nicht gebunden. Den letzten Absatz des Unternehmervorschlages erklären die Verbände als überflüssig, da nach ihrer Ansicht die Bergarbeiterverbände sich für neuerliche Verhandlungen freie Hand vorbehalten müssen. Die Bergarbeiter der übrigen Reviere, die zur aktiven Solidarität ausnahmslos bereit waren und nur die diesbezüglichen Weisungen der Verbände abgewartet haben, werden ersucht, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen, wodurch der Konflikt vorläufig beigelegt

## Aufforderung zu weiterer Kampfbereitschaft.

Alle Bergarbeiter werden zur Kampfbereitschaft aufgefordert, die gegenwärtige Vereinigung des Konfliktes in Mährisch-Osttau gilt nur für zwei Monate. Wird die Regierung in dieser Zeit nicht durch Aufhebung der Kohlensteuer, Aenderung der Tarif- und Exportpolitik alle Vorkehrungen treffen, um die Krise im Bergbau zu mildern, so wird bei Abschluß des neuen Vertrages die erhöhte Kampfbereitschaft und Solidarität aller Bergarbeiter dringend notwendig sein. Die Unternehmer haben im Prinzip den Vorschlag der Verbände, einen einheitlichen, für die ganze Republik geltenden Kollektivvertrag abzuschließen, zugestimmt. Die diesbezüglichen Verhandlungen werden schon in der aller nächsten Zeit beginnen und stellen an die Organisationen der Bergarbeiter neue und erhöhte Aufgaben, die nur erfüllt werden können, wenn alle Bergarbeiter hinter ihren Fachorganisationen stehen.

Durch diesen vorläufigen Abschluß des Osttrauer Lohnkampfes wurde der Versuch der Unternehmer, die Krise im Kohlenbergbau auf Kosten der Arbeiter zu sanieren, trotz wirtschaftlich ungünstiger Situation abgewehrt. Dies haben die Bergarbeiter nur ihren starken Organisationen und vor allem der festen Vereinigung derselben zu danken. Voraussetzung für ein weiteres, gedeihliches Arbeiten der koalitierten Verbände ist das unbedingte Festhalten an der gewerkschaftlichen Disziplin und erhöhte Kampfbereitschaft für die Zukunft.

Prag, den 6. Dezember 1921.  
Die koalitierten Bergarbeiterverbände:  
Union der Bergarbeiter. Svaz sl. horniku.  
Sbruzeni sl. horniku.

bestrebt sein, dahin zu wirken, eine politische zu beginnen, die den Bedürfnissen des Staates Rechnung trägt und die Arbeiter vor Arbeitslosigkeit und Verelendung schützt. Auch die sozialistischen Parteien, welche eine Stütze der gegenwärtigen Regierung sind, müssen endlich der Handels-, Zoll- und Verkehrspolitik der Tschechoslowakei ihr Augenmerk zuwenden, nicht nur im Momente der Gefahr sich hinter eine Arbeiterschicht stellen, sondern bestrebt sein, die Grundursachen der Wirtschaftskrise, soweit sie nicht wirtschastlicher Natur, sondern in der offiziellen Wirtschaftspolitik des Staates begründet sind, zu beseitigen.

Aber auch die Arbeiter müssen aus der Krise im Bergbau, die auf einige Zeit beseitigt ist, lernen. Die Unternehmer rüsten überall zum Angriff. Einer der bedeutendsten volkswirtschaftlichen Theoretiker des Bürgertums hat vor einigen Tagen erklärt, daß der Lohnabbau das dringendste Problem der Weltwirtschaft ist. Durch den

Lohnabbau soll der wirtschaftliche Wiederaufbau des Kapitalismus auf Kosten der Arbeiterklasse erfolgen. Sollen die Arbeiter nicht die Beute eines profitlüsternen Unternehmertums werden, die die Welt aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise durch die Senkung der Lebenshaltung der Arbeiter herausführen wollen, dann müssen sie das bedeutsamste Widerstandszentrum des Proletariats, die Gewerkschaften, stärken. Treue zur gewerkschaftlichen Organisation, Disziplin, feste Kampfbereitschaft müssen die Arbeiterklasse befeuern. Nur wenn die Arbeiter zu ihren Gewerkschaften in einmütiger Geschlossenheit stehen werden, können wir den Wiederaufbau der Welt- und Volkswirtschaft im sozialistischen Sinne beeinflussen und die Arbeiterschaft vor dem Verlust ihrer im Arge zusammengebrochenen und hernach einigermassen wiederhergestellten, notdürftigen Lebenshaltung bewahren.

## Abgeordnetenhaus.

Das Haus stand gestern schon vom Beginn der Sitzung an ganz in Erwartung der Entscheidung im Osttrauer Konflikt. Daher ging auch alles was vor der Erklärung des Ministers Tucey und nach der Abstimmung über diese Erklärung erledigt wurde — obwohl durchaus nicht ohne Bedeutung — vorbei, ohne regeres Interesse gewekt zu haben. Wir beschäftigen uns an anderer Stellen ausführlich mit der Beilegung des Konfliktes im Bergbau und lassen hier den Sitzungsbericht folgen:

Präsident Tomasek eröffnete die geistige Sitzung um 1 Uhr 25 Min. Abg. Dr. Matoušek berichtete für den Rechtsausschuß über den Regierungsentwurf des Gesetzes, durch welches die Bestimmungen des § 1164 des allgem. bürgerl. Gesetzes geändert wird. Bei der Ausarbeitung dieses Entwurfes war das Ministerium für soziale Fürsorge von den Erwägungen geleitet, daß nach § 1155 des bürgerlichen Gesetzbuches der Angestellte seinen Lohn auch für solche Arbeiten verlangen kann, die er nicht durchgeführt hat, wenn er bereit war, sie zu verrichten, daran aber durch Umstände gehindert wurde, für die der Unternehmer verantwortlich ist. Diese Bestimmung ist im Prinzip gerecht. Denn auch der Unternehmer ist gegen eine ungerechtfertigte Bereicherung des Angestellten geschützt. Gemäß dem letzten Satz des § 1155 des a. b. G.-B. ist der Angestellte im Falle der Verhinderung, die Arbeit zu leisten, berechtigt, eine angemessene Entschädigung mit Rücksicht darauf zu verlangen, daß die betreffende Bestimmung des Gesetzes die Interessen beider Parteien gerecht abwägt. Deshalb ist es zweckmäßig, daß im § 1164 des a. b. G.-B. als zwingender Rechtsatz eine Bestimmung aufgenommen ist, durch welche alle Konflikte beseitigt werden.

Die Novelle wird in erster Lesung angenommen.

## Abg. Sedlacek berichtet über den Senatsbeschluß zur Revision des Entwurfes zur Einsetzung eines Zwangsliquidators für die Verteilung der Baumwolle.

und des Baumwollgarns, welche für staatlich garantierten Kredit gekauft wurden. Diese Vorräte sollen zu den heutigen Weltmarktpreisen verkauft werden und den entstandenen Verlust soll die Textilindustrie (Baumwollfabriken) wie auch die beteiligten Banken ersetzen. Es wurde ein Einvernehmen in dem Sinne getroffen, daß die Garnkonsumenten bereit sind, 40% und die Spinnereien 60% der Vorräte zu übernehmen. Der Staat hat keinen Vorteil davon gehabt, aber er hat die Pflicht, sich und seine Bürger vor finanziellen Verlusten und Belastungen zu schützen.

Abg. Vöhr (d. Christl.-Soz.) sagt, daß das vorliegende Gesetz das Ergebnis mühsamer Verhandlungen ist. Es soll jetzt versucht werden, nachdem der Staat außerstande ist, die ungeheuren Verluste aus dem Baumwollgeschäft aus Eigenem zu tragen, diesen Verlust auf alle jene aufzuteilen, welche die Baumwolle beschaffen und verarbeitet haben, wobei die am schwersten Betroffenen, das sind die Kleinweber, besser wegkommen sollen.

## Abgeordneter Kofler

spricht über die verheerenden Maßnahmen unserer Volkswirtschaft in diesem Staate, die ihre Ursache in der Engbergigkeit des nationalen Chauvinismus haben. Auch die Angelegenheit, die auf der Tagesordnung steht, gibt Ursache zur Klage in dieser Richtung. Vor längerer Zeit ist in Amerika ein großes Baumwollkontingent angekauft worden. Kurz nach dem Ankauf ist der Preis der Baumwolle rapid gesunken und kein Unternehmer wollte sie kaufen. So war sie bis zum heutigen Tage unverarbeitet geblieben. Nun, nachdem der Staat erklärt, daß er diese ungeheuren Verluste aus Eigenem nicht tragen kann, soll der Verlust auf jene aufgeteilt werden, die die Baumwolle zu verarbeiten haben. Wegen dieser Annahme war auch die Arbeiterschenschaft genötigt, wiederholt Stellung zu nehmen, denn in einer Reihe von Gebieten, wo die Unternehmer schon vor längerer Zeit gezwungen werden sollten, die Baumwolle zu verarbeiten, erklärten sie, wenn sie die Baumwolle kaufen müßten, würden sie die Betriebe sperren. Dadurch wären die Arbeiter brotlos geworden. Trotz der in letzter Zeit eingetretenen Steigerung der Baumwollpreise weigern sich die Un-

# Der 50 Millionen-Rüstungskredit bewilligt.

## Aus dem Wehrausschuß.

In der Dienstagtagung des Wehrausschusses berichtete Abg. Bachalla über die Regierungsvorlage betreffend einen Kredit von 500 Millionen Kronen, um die im Budget für 1922 angeforderten Rüstungen sofort anschaffen zu können. Abg. Joll verwies darauf, daß wir bereits gelegentlich der Budgetdebatte in ausführlicher Weise unseren Standpunkt gegen die fortwährend ins Unermessliche steigenden Rüstungsausgaben ausgesprochen haben. Da es sich bei der vorliegenden Vorlage nur um eine finanzielle Transaktion handelt und um die Flüssigmachung bereits von der Mehrheit bewilligter Ausgaben, verbleibt lediglich die Möglichkeit, gegen die Vorlage zu stimmen. — Abg. Summelhans (tschech. Soz.-Dem.) wünscht die Vertagung der Beschlusfassung und die Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der bei der Mobilisation gemachten Ausgaben. — Minister Udrzal bepricht den Pferdekauf anlässlich der Mobilisierung. — Der Vertreter des Finanzministeriums erklärt, daß es sich lediglich um eine Finanzoperation handelt, die mit den meritorischen Anschaffungen in gar keiner Verbindung steht. — Abg. Dhl beantragt, die Vorlage zu bewilligen, außerdem aber ein Komitee zur Überprüfung der Anschaffung bei der Mobilisierung einzusetzen. — Abg. Novak unterstützt den Antrag Summelhans. — Abg. Summelhans erklärt sich mit dem Vorschlag Dhl einverstanden. Die Regierungsvorlage wird gegen die Stimmen der Deutschen und der Kommunisten angenommen. — In das Subkomitee wurde von unserer Partei

Genosse Joll gewählt. — Gegen die Regierungsvorlage betreffend die Verlängerung des provisorischen Unterhaltsbeitrages auf unbestimmte Zeit erhebt Genosse Joll Einspruch und fordert, daß sofort auf Grund der gemachten Erfahrungen ein neues, den Bedürfnissen entsprechendes Unterhaltsbeitragsgesetz ausgearbeitet werde. — Abg. Bid als Berichterstatter erklärt, daß im Ministerium des Innern bereits der Entwurf eines neuen Unterhaltsbeitragsgesetzes ausgearbeitet sei und noch im Laufe des Jahres 1922 dem Hause vorgelegt werden wird. — Der Verlängerung des geltenden Unterhaltsbeitragsgesetzes wird zugestimmt. — Abg. Genosse Joll richtet an den Vorsitzenden die Anfrage, ob er geneigt ist, endlich die Wahl des beschlossenen Subkomitees zur Untersuchung aller dem Hause unterbreiteten militärischen Angelegenheiten durchzuführen. In letzter Zeit mehren sich die Beschwerden der Soldaten. Redner hat wiederholt schon die Änderung des Dienstreglements bezüglich des Beschwerderechtes der Soldaten gefordert. Das Subkomitee sei umso notwendiger, als erwiesen ist, daß vom Ministerium die vorgebrachten Beschwerden nicht ordentlich untersucht werden. — Generalsekretär Machar antwortet, daß die gedante Änderung des Dienstreglements dem Ausschusse unterbreitet werde. — Vorsitzender Abg. Bid erklärt, die Interpellationen müssen direkt im Ausschusse eingebracht werden, dann werde er das Subkomitee wählen und diesem die Interpellationen zuweisen lassen.

# Beschluß der drei Gewerkschaftszentralen.

## Gegen die staatliche Finanzpolitik. — Gegen die Berufung von Gendarmen und Militär.

Die gemeinsame Beratung der Vertreter des tschechoslowakischen Gewerkschaftsbundes, der tschechoslowakischen Arbeitergemeinschaft und des deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei, welche am 6. Dezember stattfand, nahm die Mitteilung der Vertreter der Bergarbeiterorganisationen über die Zustimmung der Unternehmer zu dem Antrag behufs Beilegung des Ostrauer Konfliktes zur Kenntnis. Die Antwort stimmt mit dem Inhalte der beim Ministerium für öffentliche Arbeiten geführten Verhandlungen bis auf den Schlusabsatz überein, in welchem die Bedingungen für Verhandlungen über den neuen Kollektivvertrag aufgezählt werden. Durch die Bergarbeiter wurde mit Recht dieser Absatz, der allerdings einstweilen keinen Einfluß auf die Beilegung des Konfliktes hat, abgelehnt, aber bestätigt, daß der diesmal beilegte Konflikt von neuem

bei der Verhandlung über den endgültigen Kollektivvertrag auszubrechen droht. Die Vertreter der Gewerkschaftszentralen sind überzeugt, daß der Konflikt auch durch die Finanzpolitik des Staates, nämlich durch die Kohlenabgabe und die Transporttarife kompliziert wird, machen auch auf diese Ursachen des Streikes aufmerksam und beschließen, auch in dieser Hinsicht die Forderung der Bergarbeiter nach Regelung dieser Fragen und zwar schon vom Standpunkte der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen zu unterstützen. Dieser Zustand fordert zu weiterer Bereitschaft auf, und das weitere geschlossene Vorgehen der Gewerkschaftsbewegung wird die Antwort auf jeden Angriff der Unternehmer bilden. Die Beratung protestiert gleichzeitig gegen die provokative Berufung der Gendarmerie und des Militärs in das Streikgebiet.

# Aus dem Budgetausschuß des Senats.

Auf der Tagesordnung stand gestern das Kapitel „Ministerium für öffentliche Arbeiten“. Der Berichterstatter zählt eine Menge von Projekten auf, die mangels finanzieller Mittel nicht durchgeführt werden konnten und stellt fest, daß das Baugesetz vollständig versagt hat. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Zuehl, gibt bezüglich der Lage im Ostrauer Reviere eine Erklärung gleich der im Abgeordnetenhaus ab. Hierauf wurde das Kapitel „Ministerium für Schulwesen und Volksschulturn“ verhandelt. Von den Rednern der deutschen Parteien wurden wieder ungenügende Beschwerden erhoben, die aber — wie immer — der provokativen Teilnahmslosigkeit oder deplazierten Gegenwirkung seitens der Mitglieder der Regierungsparteien begegneten. Genosse Dr. Wiechowski verlangt ein neues Schulverfassungsgesetz, das auf dem Prinzip der Schulautonomie und der Trennung der Kirche und Schule aufgebaut sein soll; erfordert die Streikung des Postens für die katholischen Gymnasien in der Slowakei, Vorlage des gesamten Materials über Schulsperrungen an einen parlamentarischen Ausschuss; er bemängelt, daß für die Ausgestaltung der deutschen Hochschulen im Votanschlag nichts vorgesehen wurde, verlangt die Errichtung einer tierärztlichen Abteilung an der deutschen medizinischen Fakultät, einer montanistischen Fakultät an der technischen Hochschule in Prag, bepricht die trostlose Lage der Hilfsärzte, macht auf den Mangel einer deutschen Handelshochschule, Forsthochschule und Kunstakademie aufmerksam. Minister Dr. Grohar hebt hervor, daß sogar (!) ein deutscher Professor in das

Unterrichtsministerium übernommen wurde, eine Tatsache, auf die der Minister nicht wenig stolz ist. Seine Erwiderung auf die deutschen Beschwerden ist nichtsagend. „Ministerium für Landwirtschaft“. Genosse Reyzl verweist darauf, daß die Bodenreform absolut nicht entspricht, verlangt die Uebertragung des privaten Fischerei- und Jagdrechtes an die Gemeinden. Hierauf spricht noch Minister Sianel. Zum Kapitel „Volksernährung“ referiert Sen. Edelstein. Der Votanschlag für dieses Ressort umfaßt nur sieben Monate, da bis dahin dieses Ministerium aufgelöst sein dürfte. Rednerin hebt die große Bedeutung des Reichswirtschaftsrates hervor, der Gegenstand heftiger Angriffe war und gibt einen Ueberblick über seine Tätigkeit. Beim Kapitel „soziale Fürsorge“ spricht Genosse Reyzl, der die Ausgestaltung des Arbeiterschutzes durch Verbesserung der Gewerbeinspektionen verlangt; er fordert die Vermehrung der Inspektorate, ihre Ausstatung mit Vollzugsgehalt, Berufung von Arbeitervertretern in die Gewerbeinspektorate, Anstellung weiblicher Inspektorinnen. Weiter fordert Redner die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenunterstützung der Saisonarbeiter, verhältnismäßige Berücksichtigung der Kurzarbeiter, Ausbau der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Genosse Dr. Wiechowski verlangt die Vereinigung des Ministeriums für Volksgesundheit mit dem Ministerium für soziale Fürsorge, Ausgestaltung des Mutter- und Säuglingschutzes, Gründung entsprechender staatlicher Anstalten im Einvernehmen mit den Krankenkassen. Alle Kapitel wurden vom Ausschusse angenommen.

fernehmer noch immer, die Baumwolle zu verarbeiten. In allen diesen wirtschaftlichen Fehlgreifen trägt der gewesene Handelsminister Dr. Sotoway einen großen Teil der Schuld mit. In dieser Stelle muß festgestellt werden, daß an den Platz eines Handelsministers ein Mensch mit Vernunft und nicht ein nationaler Scheinbildner gehört.

Wie sieht es nun mit der Textilindustrie im Allgemeinen in diesem Staate? Wir sind genötigt, 80% zu exportieren, da wir nur 20% für den heimischen Bedarf benötigen. Und da wir auch heute noch unsere Rohmaterialien aus dem Ausland beziehen muß die Möglichkeit geschaffen werden, das Absatzgebiet, das wir verloren haben, auf dem Weltmarkt wieder zu gewinnen. Wir werden gegen die ausländischen Industrien, die in dieser Beziehung klüger waren, heute sehr schwer aufkommen können. In der Textilindustrie ist eine große Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, die abzubauen das Bestreben aller sein muß. Bei der Schaffung dieses Gesetzes, das die Einsetzung eines Zwangsliquidators vorsieht, muß mit größter Vorsicht vorgegangen werden, damit diese Maßnahme nicht zu einer Gefahr für die Arbeiterschaft in der gesamten Baumwollindustrie wird. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß vor allem der Arbeiterschaft das Entscheidungsrecht zusteht und beantragen daher folgende Änderung des Absatzes 2 des § 2 des zitierten Gesetzes: „Dem Zwangsliquidator wird ein von dem mit der Verwaltung des Antrags für auswärtigen Handel betrauten Minister ernannter Beirat zugeteilt. Dieser Beirat setzt sich aus Vertretern aller Zweige der Baumwollindustrie, Baumwollspinnereiger und Baumwollhalbfabrikate veredelnde, sowie der Bank zusammen, welche für die Bezahlung der auf Kredit gekauften Baumwolle garantiert hat, und zwar sowohl aus Vertretern der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer. Die vom Beirat gefassten Beschlüsse sind von Zwangsliquidator zu vollstrecken.“

Der Berichterstatter Abg. Sedlacek spricht gegen den Antrag des Abg. Kolcher. Die Vorlage wurde gemäß dem Ausschussbericht abweichend vom Beschlusse des Senats in erster Lesung angenommen. Darauf wurde der Bericht des Ausschusses für Handel, Gewerbe und Industrie und des Ernährungsausschusses betreffend die Regierungsverordnung vom 12. Oktober 1920 verhandelt, welche nach dem Gesetze vom 15. April 1920 herausgegeben wurde, ferner über den Antrag Abg. Trnabravsky und Genossen. Nach einem kurzen Referat des Abg. Sedlacek wurde die Regierungsverordnung und gleichzeitig fünf Resolutionen des Ausschusses für Geschäft, Industrie und Gewerbe, sowie auch die Resolution des Ernährungsausschusses angenommen.

Dann wurde die Verhandlung der Tagesordnung unterbrochen und die Debatte über die dringlichen Interpellationen betreffend den

### Bergarbeiterstreik

fortgesetzt. Abg. David (tschech. Nat.-Soz.) versucht, der Bergarbeiterschaft den tschechischen Patriotismus vor Augen zu führen. Das Parlament soll zum Schutze der Bergarbeiter vor fremdem Einfluß ein Kartellgesetz und ein Kartellregister von der Regierung fordern, wodurch geheime Beschlüsse von Kartellen, wie sie bis jetzt erfolgt sind, unmöglich werden.

Abg. Dr. Matouschek (tsch. Nat.-Dem.) spricht sich gegen jede Art von abgeschlossenen Kollektivverträgen aus, da zu erkennen ist, daß sie niemals eingehalten werden. Die Regierung soll niemals damit übereinstimmen, daß übernommene Verpflichtungen durchbrochen werden und sie darf niemals auf Seite des vertragbrüchigen Teiles stehen.

Minister für öffentliche Arbeiten, Zuehl hält die Dringlichkeit des Antrages der Abgeordneten Pohl, Brozil, Draxl und Genossen für sehr berechtigt. Schuld daran, daß die Uebertragung der Durchführung des Gesetzes vom 25. Feber 1920 im November 1921 nötig gewesen ist, trägt der § 5 des Gesetzes selbst, in welchem sich zwar die Bestimmung über die Wahl der Betriebsräte, aber nicht die Art und Weise findet, wie diese Wahl durchzuführen ist. Es war daher zunächst eine Novelle zum § 5 notwendig und dann erst sollte das Gesetz in Wirksamkeit treten. Jene wurde vom Parlament am 12. August 1921 angenommen und das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat auch sofort die notwendige Wahlordnung ausgearbeitet. In der Zeit, als der dringliche Antrag dem Parlament vorgelegt wurde, war sowohl die Anordnung über die Wirksamkeit des Gesetzes vom 25. Feber 1920, als auch die Anordnung über die Wahlordnung durchgeführt. Beide Anordnungen sind schon mit dem Datum vom 25. November publiziert worden. Die gesetzliche Wirksamkeit betreffend die Beteiligung der Bergarbeiter an der Verwaltung der Gruben und an Reingewinn ist mit dem Tage vom 1. Dezember 1921 fixiert. Der Minister gibt den laut Protokoll ausgenommenen Bericht über die Einigungsverhandlungen im Bergarbeiterstreik. Die Grubenbesitzer kamen nach Prag, um dem Ministerium die Vollmacht zu erteilen, über den am 28. November gegebenen Kompromissvorschlag zu verhandeln. „Daraufhin berieten wir“, fährt der Minister fort, „zwei Vertreter der beiden Parteien zu einer Verhandlung, welche ohne Unterbrechung elf Stunden währte. Nach mancherlei Auseinandersetzungen fuhren die Vertreter beider Parteien nach Mährisch-Ostau. Von dort erhielt das Ministerium folgenden Bericht der

Grubenbesitzer (heute um halb 2 Uhr): Die Forderungen der Arbeiterschaft sind angenommen. (Wir bringen das Uebereinkommen an einer anderen Stelle des Blattes.) Der Minister schließt seine Rede mit folgenden Worten:

„Wenn sich die Grubenbesitzer über einen vonseiten der Regierung ausgeübten Druck beklagen, so ist zu sagen, daß ein nicht milderer, wenn nicht größerer Druck auf die Arbeiterschaft ausgeübt werden mühte und wir sind überzeugt, daß es nach dieser Antwort, welche von den Vertretern der Bergarbeiterchaft akzeptiert werden wird, möglich sein wird, von einem beendeten gefährlichen Bergarbeiterstreik in Ostrau zu sprechen.“

Nach den Reden der Abg. Curik (tschech. Agr.), Stiejskal (Radikelpartei), Dr. Charvat (tschech. soz.-dem. Linke) und Burian (Kommun.) gab

### Abgeordneter Cermak

namens des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten folgende Erklärung ab:

„Im Laufe der Verhandlungen über die Interpellation betreffend den drohenden Bergarbeiterstreik hat der Minister für öffentliche Arbeiten über seine Tätigkeit dem Hause Bericht erstattet. Der Klub der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei nimmt zur Kenntnis, daß sich der Minister in den letzten Tagen bemüht hat, den drohenden Streik durch Verhandlungen zu vermeiden. Diese Bemühungen können freilich nicht weitmachen, was frühere Regierungen, die ernannte Nationalversammlung und die Mehrheit dieses Hauses bei der Beschlusfassung über Gesetzentwürfe und Regierungsmaßnahmen auf volkswirtschaftlichem Gebiet auf die Art verschuldet haben, daß sie die Ursachen der Kohlenkrise mit herbeiführen halfen, deren teilweise Ausdruck der Kampf zwischen den Grubenbesitzern und der Arbeiterschaft bildet. Die verkehrte Handels- und Valutapolitik des Staates, die unökonomische Regelung des Tarifwesens und insbesondere die Kohlensteuer sind hauptsächlich daran schuld, daß der Bergbau nun von einer schweren Krise heimgegriffen wird. Daß sich die Arbeiter gegen der Versuch der Grubenkapitalisten, alle Schwierigkeiten, die sich aus diesem Zustand ergeben, auf ihre Schultern abzuwälzen, nicht gefolgt lassen können, ist selbstverständlich. Die Grubenkapitalisten gehören zu den reichsten und mächtigsten Magnaten der Industrie, sie haben es jederzeit verstanden, ungeheure Millionengewinne aus den Taschen der Konsumenten und aus der Arbeitskraft der ausgebeuteten Bergarbeiter zu ziehen. Weil das rücksichtslose, die gesamte Wirtschaft schwer schädigende Treiben der Grubenkapitalisten nicht nur von den Bergarbeitern und der gesamten Arbeiterschaft, sondern darüber hinaus von der gesamten Öffentlichkeit erkannt und verstanden wird, ist es vielleicht der Regierung gelungen, den unerhörten Hochmut und die frechen Provokationen der Grubenbarone wenigstens so weit einzudämmen, daß sie sich zu einem vorläufigen Vergleiche herbeilassen. Die Bedrohung der gesamten Wirtschaft durch die jüngsten Ereignisse im Kohlenbergbau beweist, daß es für die gesamte Bevölkerung und das Wirtschaftsleben dieses Staates auf die Dauer unerträglich ist, daß die Ausbeutung der Urprodukte, vor allen der Kohlen, einer handvoll profitgieriger Kapitalisten ausgeliefert wird. Immer dringender und energischer wird der Ruf nach der Sozialisierung des Kohlenbergbaues von der Arbeiterschaft erhoben und von der gesamten Bevölkerung immer klarer verstanden werden. Der Klub der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei wird seinen Kampf gegen jene Politik, welche die Kohlenkrise verschuldet hat, gegen die Kohlensteuer, die bisherige Handels-, Valuta- und Tarifpolitik ebenso fortsetzen, wie die Arbeiterschaft bemüht sein wird, ihre nackte Existenz zu wahren, den Uebermut der Kapitalisten zu brechen und nicht zu ruhen, bis das Ziel, die Sozialisierung des Kohlenbergbaues, erreicht ist.“

Unbeschadet der Tatsache, daß der Klub der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei die Erklärung des Ministers zur Kenntnis nimmt, stellen wir fest, daß dadurch selbstverständlich unsere prinzipielle, oppositionelle Stellung gegenüber dieser Regierung unverändert bleibt. Insbesondere protestieren wir gegen das Verhalten des Ministeriums des Innern, das ohne jede Veranlassung, offenbar bloß den Wünschen der Unternehmer folgend, auf die Seite des Mährisch-Ostrauer Reviers Gendarmen sendete. Wir wissen wohl, daß die Regierung, von der ein Mitglied Ausgleichsverhandlungen geführt hat, gleichzeitig bereit gewesen wäre, im Streikfalle der Unternehmerchaft die Machtmittel des Staates zur Verfügung zu stellen. Darum bedeutet die Kenntnisnahme der Erklärung des Ministers für öffentliche Arbeiten nicht im geringsten etwa ein Vertrauensvotum für die Regierung.

Darauf wurde die Erklärung des Ministers für öffentliche Arbeiten zur Kenntnis genommen. Vor Schluß der Sitzung wurden im Ausschusse etwa drei dringliche Interpellationen der Oppositionsparteien von den Mehrheitsparteien abgelehnt. — Die nächste Sitzung findet heute um 10 Uhr vormittags statt.

Inland.

Die deutschbürgerliche Einigkeit. Der Abgeordnete Dr. Podgman sprach am Sonntag in Brünn in einer Versammlung der deutschen Nationalpartei. Es gab für ihn, wie der Bericht erzählt, Kompetenzschall, Blumenstrauß, Kinderwillkommen, lebhaftes Geilruse und begeisterte Sublimationen. — Dann sprach er „eindrucksvoll über die politische Lage. „Scharfe Worte fand er auch gegen das Haschen nach Volkstümllichkeit, das einzelne Politiker auf Kosten der von ihnen betriebenen Sache betreiben.“ Herr Dr. Podgman reist also von Ort zu Ort, läßt sich mit Trompetenschall und Blumensträußen „begeistert huldigen“ und wenn dann die nationale Begeisterung am schönsten schäumt, zieht er auf seine Verbandskollegen los, die anderer Meinung sind als er und die er daher des „Haschens nach Volkstümllichkeit“ bezichtigt. Was wohl die Herren Krepek, Spina und Zuleger dazu sagen werden?

Vor der Erhöhung der Mietzins? Der heutige „Cas“ bringt einige Einzelheiten aus den vertraulichen Beratungen tschechischer Parteien im Parlamente über die Bau- und Wohnungsfrage. Das Blatt verweist auf die angeblich volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Erhöhung der Rente, weil der heutige Ertrag der Häuser zu klein sei, sich für Reparaturen der Häuser das Notwendige ausbezogen zu können. Die Nationaldemokraten forderten eine allgemeine Erhöhung der Rente um fünfzig Prozent bei Erwerbshäusern und um hundert Prozent bei Erwerbshäusern (Manzeien, Lagerstätten, Geschäften usw.). Die Hälfte hiervon soll dem Staate und den autonomen Behörden in Form von Steuern und Zuschlägen zufallen. Die Mieter, deren versteuerbares Einkommen 100.000 Kronen jährlich übersteigt, sollen von diesem Mieterzuschlag ausgeschlossen sein. Die Agrarier schlagen eine zwanzigprozentige Mietzinserhöhung von Wohnungen und eine vierzigprozentige von Erwerbshäusern vor. Die Liberalen haben keinen festen Standpunkt, neigen jedoch der Ansicht der Nationaldemokraten zu. Die Nationalsozialisten und tschechischen Sozialdemokraten würden sich zu einer zehnprozentigen Erhöhung für Wohnräume und einer zwanzigprozentigen für Erwerbshäuser entschließen. Sie fordern jedoch, daß die Hälfte dieser zwanzig Prozent einem öffentlichen Wohnungsfond zufließen möchte. Alle Parteien nehmen als Grundlage der Mietzinserhöhung den Standpunkt vom 1. August 1914 an. Es kam zu einer Vereinbarung, weil keine Partei von ihrem Standpunkt abgehen wollte und so die ganze Angelegenheit dem Exekutivkomitee der Parteien übergeben wurde. Bevor sich jedoch die Partei um diese Angelegenheit recht kümmerte, verschärfte sich die Situation. Der Exekutivkomitee der tschechisch-nationalsozialistischen Partei sprach sich entschieden gegen irgend eine Erhöhung der Rente im J. 1922 aus. Nunmehr unterhandeln die tschechischen Parteien neuerlich über die Wohnungs- und Baufrage und es bleibt abzuwarten, zu welchem Erfolge die Verhandlungen der tschechischen Koalitionsparteien, die alle Gegenseite in sich vereinen, führen werden.

Tages-Neuigkeiten.

Wahlniederlage der Kommunisten im Acher Arbeiterkonsumverein. Sonntag, den 4. Dezember d. J. fand in Aich die Generalversammlung des Arbeiterkonsumvereines statt. In die Tagesordnung war auch der Punkt „Schaffung eines Kreiskonsumvereines“ eingeschleift. Gegen diesen Punkt stimmten die Kommunisten; doch wurde der Antrag von mehr als zwei Drittel der anwesenden Delegierten angenommen. Durch das Vorgehen der Kommunisten vor der Generalversammlung wurde der ganze Ausschicht seiner Funktion enthoben und mußte vollständig neu gewählt werden. Bei der Wahl erlitten die Kommunisten eine gründliche Niederlage. Um diese nicht mit ansehen zu müssen, verließen sie unter ihren üblichen Protesten das Lokal und erklärten, sie beteiligten sich nicht an der Wahl. Sie wollten auch diesmal die Sozialdemokraten überrumpeln, was ihnen zu ihrem Leidwesen gründlich mißlang.

Erhöhung der Telegraphen- und Telephon-Gebühren. Montag fand im Postministerium unter Vorsitz des Generaldirektorstellvertreters Sektionschef Reicha eine Beratung der Vertreter der Handels- und Industriezweige mit den zuständigen Ministerien statt, die sich mit der zur Deckung des Defizits von 31 Millionen Kronen dienenden Erhöhung der Telegraphen- und Telephongebühren beschäftigte. Sektionschef Dr. Aučera erstattete einen Bericht über die Verankerung des Telephonnetzes und verwies insbesondere darauf, daß bereits direkte Verbindungen mit Berlin, München, Dresden, Leipzig, Hamburg, Warschau, Budapest, Belgrad, Agram, Triest, Wien, Pils, Paris und London etabliert, ferner daß auch das Telephonnetz im Inland, bedeutend ausgebaut und das allerneueste Telephonmaterial angeschafft worden sei. Im nächsten Jahre werden

Zusammenkunft Hainisch-Mafaryk, Beneš-Schober.

Wien, 6. Dezember. (N. W.) Die Abendblätter erfahren zu der Begegnung Hainisch-Mafaryk-Beneš-Schober: Die für Prag in Aussicht genommenen Konferenzen werden sich ausschließlich mit wirtschaftspolitischen Angelegenheiten befassen, unter welchen von den Vätern genannt werden: 1. Inkraftsetzung des provisorischen Handelsübereinkommens vom 4. Mai 1921; 2. Bestimmung des Ab-

kommens über die Hebung des Handels, der Ein- und Ausfuhrzölle sowie deren Abbau; 3. Exportprämien und differenzierte Frachttarife für Kohle gemäß Artikel 24 des Vertrages von St. Germain; 4. Doppelbesteuerung; 5. Inkraftsetzung des Übereinkommens über die Durchführung des beiderseitigen Transitverkehrs; 6. Passerleichterungen; 7. Schiedsgerichtsvertrag.

Der Kapitalismus in Sowjetrußland.

Ergebnis des Bolschewismus: Auslieferung der Arbeiterschaft an die Großkapitalisten.

Moskau, 6. Dezember. (Radio.) Alle großindustriellen Betriebe verschiedener Branchen wurden in Transis vereinigt. Nach vorläufigen Berechnungen weisen sie große Gewinne auf. Die Petersburger Großindustrie wird in

Kürze auf neue Grundlagen gestellt werden. Damit wird das erste Organisationsstadium der Wiederherstellung der Industrie in Petersburg beendet sein.

Preisgabe des Moratoriums durch England?

Die von Deutschland geforderten Finanzmaßnahmen.

London, 6. Dezember. (Tsch. P. B.) In einer Rede in Manchester über die Finanzlage meinte der britische Schatzkanzler Sir Robert Horne, in Frankreich scheinen gewisse Beforgnisse zu bestehen über die Unterredungen, die er mit Rathenau gehabt habe. Man scheint unter den Alliierten zu befürchten, daß hinter ihrem Rücken ein Übereinkommen getroffen werde. Sie scheinen der Ansicht zu sein, daß England eine Tendenz zeigen könne, Deutschland Zugeständnisse zu machen. Diese Meinung beruhe auf Mißverständnissen. England werde natürlich kein Übereinkommen eingehen, ohne sich mit seinen Alliierten darüber zu beraten. Nichts wäre im Augenblicke für die Welt von größerem Schaden, als der Bruch der Allianz. Ein Zusammenbruch Deutschlands wäre ein Unglück für Europa und die Welt. Deutschland als Ganzes sage, es könne die geschuldeten Reparationen nicht bezahlen, tue jedoch Verschiedenes, was die Erfüllung seiner Verpflichtungen unmöglich mache. Die Beihilfe für den Preis für ein einjähriges Moratorium im Staatshaushalte und ermögliche den deutschen Industriellen ihre Arbeiter niedriger zu bezahlen; die Eisenbahnen würden vom Staate mit Verlust betrieben, wodurch die deutschen Industriellen ihre Waren billiger befördern könnten; die Kohle würde in Deutschland um die Hälfte des Weltmarktpreises verkauft. Wenn wir auch nur für einige Monate auf die deutschen Reparationen verzichten wollten, was wir nach meiner Ansicht nicht beschließen würden, so müßte Deutschland diese Beihilfen ausgeben, um seine rechtmäßigen Verpflichtungen gegenüber den Gläubigervöl-

kern zu erfüllen. Der Vorschlag, die Reparationen teilweise in Natur zu bezahlen, leide daran, daß die Dinge, die Deutschland an England liefern könne, größtenteils in England selbst hergestellt würden.

Englische Stimmen für eine Ermäßigung der Reparationen.

London, 5. Dezember. Der diplomatische Berichterstatter des „Newer“ teilt mit, Bradbury und der italienische Vertreter in der Reparationskommission seien für ein Moratorium, die Vertreter Frankreichs und Belgiens seien jedoch dagegen. Man sei im britischen Schatzamt der Ansicht, daß während der nächsten 10 oder 15 Jahre wenig Aussicht auf irgend welche Zahlungen Deutschlands noch dem Reparationsplane bestehen. Das Wiesbadener Abkommen würde daher die einzige Art der Bezahlung während der nächsten 15 Jahre darstellen und deshalb ausschließlich Frankreich zu gute kommen. In einem Leitartikel verweist der „Observer“ den Plan eines Moratoriums oder einer Anleihe an Deutschland und schreibt: die britische Politik muß mit aller Macht die Herabsetzung der gesamten Summe der Deutschland auferlegten Reparationen und der übrigen Raten zu erreichen suchen. Auch Keynes tadelt in der „Sunday Times“ den Plan eines zweijährigen Moratoriums. Die Finanzlage Deutschlands werde sich nicht bessern und die Alliierten würden kein Geld erhalten, bevor ihre Forderungen nicht der Leistungsfähigkeit Deutschlands angepaßt wären.

u. a. auch die Kohle, sowie der Zustellungsdienst im Prager Rahon erheblich verbessert werden. Die Postverwaltung verfüge auch bereits über ein radiotelegraphisches Netz. Die mit 1. Jänner 1922 in Kraft tretende Erhöhung der Tarife würde wie folgt festgesetzt: Vorkaufgebühr bei inländischen Telegrammen 50 Heller (bisher 40 Heller), Vorkaufgebühr in Telegrammen nach dem benachbarten Ausland 1 Krone; das Abonnement für Ferndrucker wird auf 4000 Kronen, die Vermittlung für Ferndruckergramme wird durch telephonische Abgabe von 1 Krone auf 2 Kronen erhöht. Verkürzte Telegrammadressen kosten 500 Kronen (bisher 400 Kronen). Die Tarife im interurbanen telephonischen Verkehr werden nur unbedeutend erhöht. Direktor Zimmer und Oberinspektor Nina veröffentlichen den Bericht dahin, indem sie Mitteilung von der Einführung der Billigsprache und von der Verbesserung des Telegraphen- und Telephonnetzes in Nordböhmen und in der Slowakei machten.

Prager Stadtverordnetenversammlung. Zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung vom 5. ds. M. widmete der Bürgermeister Dr. Baza dem verstorbenen Genossen Prof. Dr. Robert Raudnig einen warmen Nachruf. In seiner Rede, welche von den Mitgliedern des Stadtverordnetenkollegiums stehend angehört wurde, hob der Bürgermeister die zahlreichen Verdienste des Verstorbenen um das Wohl der Stadt, insbesondere auf sozialem und gesundheitlichem Gebiete hervor, betonte hierbei, daß seine Anträge stets von einem Geiste getragen waren, welcher das Beste seiner Mitbürger im Auge hatten und aus diesem Grunde auch zum Teil von allen Kollegen gebilligt wurden. Der Bürgermeister gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß sich Prof. Raudnig in den Kreisen der Stadtverordneten allgemeine Beliebtheit erworben und ein dauerndes Andenken gesichert hat.

Mieterschutz- und Wohnungsbeschaffungs-gesetz. In der am 5. d. M. stattfindenden Stadtverordnetenversammlung wies Genosse Zengs selbst

mit Rücksicht auf die andauernde Wohnungskrise, sowie die anhaltende Teuerung darauf hin, daß jede Konzession, welche den Wohnungvermietern in Hinsicht auf die Höhe des Mietzinses oder die Art des Vermietens etwa zugestanden würde, unheilvolle Folgen haben könnte. Aus diesem Grunde beantragte Gen. Zengs, die Stadtvertretung möge sich in geeigneter Form, eventuell in Form einer Petition an die Nationalversammlung wenden, damit das Mieterschutzgesetz bedingungslos und ohne Änderung prolongiert und das Gesetz über die Wohnungsbeschaffung in geeigneter Art revidiert werde. Redner wies darauf hin, daß es sich hierbei um den Wunsch eines Großteiles der Bevölkerung handle. Der Antrag wurde dem Stadtrat zugewiesen, wo derselbe bei genügender Unterstützung zum Beschluß erhoben werden soll.

Das Herbstadvancement. Der letzte Ministerat hat sich neben der Beförderung von Zivilbeamten auch mit einem ausgedehnten Advancement in der Armee befaßt. Es soll dies hauptsächlich das sogenannte Herbstadvancement sein, das seit einhalb Jahren nicht stattgefunden hat. Der Ministerat beschloß dem Präsidenten die Beförderung von 26 Generalen zu empfehlen. So soll zum Beispiel der Landeskommandant von Brünn, General Gobhořský, der Sanitätschef für die Slowakei General Ceder, Sanitätschef für die Slowakei General Ceder. 117 Oberleutnants sollen zu Obersten ad personam befördert werden. Der Ministerat beförderte selbst 26 Majore zu Oberleutnanten, 13 Majore zu Oberleutnanten ad personam, 64 Kapitäne wurden zu Majoren und 812 Kapitäne zu Stabskapitänen, einer neuen Charge, ernannt. Wie man sieht, haben wir also eine recht stattliche Armee, mit der wir zufrieden sein können.

Zu den Wiener Minderungen. Die Wiener Polizei erläßt an alle Personen, die sich bei den Wahlen an dem Donnerstag freudlos Gut angeeignet oder gestohlene Gegenstände später bekommen haben, ob durch Kauf, Geschenk oder zur Aufbewahrung, die Aufforderung, die Gegenstände bis längstens 15. d. abzuliefern, und zwar beim Bezirkspolizeikommissariat oder beim Fundamt der Polizeidirektion. Dazu wird be-

merkt, daß gemäß § 187 des Strafgesetzes jeder Diebstahl und jede Hehlerei nicht strafbar sind, wenn man aus tätiger Reue, bevor man dem Gericht oder der Polizei als Dieb oder Hehler bekannt ist, den ganzen aus seiner Tat entspringenden Schaden gutgemacht hat.

Verhaftung des Räubers Marinc. Heute wurde in einem Walde bei Neudorf zwei den berüchtigten, vor einer Woche aus der Pantraber Strafanstalt geflüchtete Räuber Marinc aufgegriffen. Der Gendarmereisowachmeister Bohm stieß mit noch einem Gendarmen auf einem Patrouillengange im Walde auf eine Bande von Vagabunden. Unter ihnen befand sich auch Marinc. Den Gendarmen gelang es, den Räuber zu verhaften. Er wurde nach Blgram befördert und wird von hier über Labor nach Prag transportiert werden.

Ueberraschung. Am 29. November wurde um ein Uhr nachmittags auf der Straße von Pilsen nach Přeštib der Bergmann Johann Kuch aus Chlumčan und eine Stunde später der Müllergehilfe Wenzel Pawlik aus Krinib von einem verurteilten Manne überfallen. Der Räuber feuerte gegen Kuch vier Schüsse aus einem Revolver ab, traf ihn aber nicht. Pawlik wurde durch einen Schlag auf der Wange verletzt. Der Räuber zwang ihn zur Herausgabe seiner Geldtasche mit 20 Kr. Darauf entfloß der Räuber in den Wald und verschwand spurlos.

Explosion in einer Dynamitfabrik.

Ueber 100 Tote.

Saarlouis, 6. Dezember. (Wolff.) Heute mittags erfolgte in der Dynamitfabrik vormals Alfred Nobel & Co. eine schwere Explosion eines Deschalters. In dem brennenden Betriebe sollen sich noch 50 Personen befinden. Nur eine Anzahl Leichtverletzte konnte sich retten. Genauer läßt sich noch nicht feststellen. Die letzten Meldungen, die einliefen, sprechen von über 100 Toten.

Die Verhandlungen über Oberschlesien.

Der Schauplatz der Verhandlungen.

Berlin, 6. Dezember. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Die deutsche Delegation für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien begibt sich am Mittwoch abends an den Verhandlungsort. Die Verhandlungen finden in Oberschlesien statt, die deutschen Delegierten, sowie die Unterkommissionen werden in Beuthen wohnen.

Vorschlag einer schiedsrichterlichen Instanz.

Berlin, 6. Dezember. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Heute fanden in Berlin Konferenzen des Leiters des internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, mit dem deutschen Bevollmächtigten über Oberschlesien statt. Es wurden Fragen des Arbeiterrechtes erörtert, die sich aus der Teilung Oberschlesischer Industriegebiete ergeben. Thomas machte den Vorschlag, eine Instanz zu schaffen, der die Streitigkeiten aus den Oberschlesischen Fragen vorzulegen wären. Der schiedsrichterlichen Instanz könnte große Bedeutung zufallen.

Australien für das hungernde Rußland.

Moskau, 5. Dezember. (Tsch. P.) Die australische Regierung hat für die Hungernden in Rußland 50.000 Pf. Sterling angewiesen.

Der Telephon- und Telegraphenstreik in Wien.

Wien, 6. Dezember. (Sonderbericht des „Sozialdemokrat“.) Vor einiger Zeit hat die Gruppe der technischen Adjunkten der Telegraphendirektion gewisse Forderungen gestellt, über die im Schöße der Organisation verhandelt wurde. Die Regierung hat sich bereit erklärt, auf diese Forderungen einen Vorschlag anzugehen. Nun hat die Regierung den Vorschlag den Angestellten in der Provinz angewiesen, aber in Wien ist dies durch ein Versehen unterblieben, worauf heute der Streik ausbrach, der von der Organisation nicht ausgehen wurde, weil diese glaubte, durch Verhandlungen das Versehen rascher beheben zu können. Der Streik dauerte bis 7 Uhr abends.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Vor der Besetzung der Textilarbeiterlohn-Bewegung. Das „Pravo Lidu“ meldet: Der Lohnkampf der Textilarbeiter, der in der letzten Zeit in einem allgemeinen Aufstand auszubrechen drohte, wird allem Anschein nach auf Grund wechselseitigen Übereinkommens ausgeglichen werden. Bei den Verhandlungen intervenierte auch das Ministerium für soziale Fürsorge und das Handelsministerium. Diese Ministerien arbeiteten einen Kompromißvorschlag aus, in dem folgende im Dezember und Jänner auszugebende Beiträge zur Annahme empfohlen wurden: a) Für in Lohn beschäftigte Arbeiter: für einen Ernährer der Familie mit Kindern unter 14 Jahren 640 K., für die übrigen Verheirateten 450 K., für Ledige über 18

Nahre 385 K. für Ledige bis zu 20 Jahren 200 K.; b) für Arbeiter für Familienernährer mit Kindern unter 14 Jahren 440 K. für die übrigen Verheirateten 365 K. für die Ledigen über 18 Jahre 305 K. für Ledige unter 18 Jahren 260 K. Die am Sonntag in Königgrätz stattfindende Konferenz der Lohnkommission der Textilarbeiterchaft beschloß den Vermittlungsantrag der Ministerien anzunehmen. Auch die Arbeitnehmer beschloßen in einer Sitzung, dem Vermittlungsvorschlag beizutreten.

Der Wert der Krone. Es folgen: 100 holländ. Gulden 2288, 100 Mark 40.15, 100 schweiz. Franken 1763, 100 Lire 894, 100 franz. Franken 681½, 1 Pfund Sterling 572, 1 Dollar 92, 100 belg. Franken 659, 100 Peso 1292¼, 100 Dinar 132, 100 Lei —, 100 öst. Kronen 1.54, 100 poln. Mark 2.96, 100 ung. Kronen 11.85 (sch. Kronen).

**Aus der Partei.**

Die Sitzung der Bezirksvertretung Prag findet heute pünktlich um sieben Uhr abends statt. Aus der deutschen sozialdemokratischen Gemeindevertreter für Groß-Prag. Donnerstag findet keine Sitzung statt. Die nächste Sitzung wird auf diesem Wege bekanntgegeben werden.

**Kunst und Wissen.**

Die Nachtvorstellung am Samstag bot wenig Interessantes und Unerwartetes. Der Sketch „Simulation“ ist packend, aufwühlend und gab Frau Redelski und Herrn Hoffmann Gelegenheit zu schauspielerischen Glanzleistungen. Die Szene „Goethe“ ist eine treffliche Satire auf die Bildungsschuster, lustig, fein pointiert. Gespielt wurde von allen Darstellern gut. Das Kabarett war mit Ausnahme der Tanznummern nicht auf künstlerischer Höhe. Besonders Herr Kober erlaubte sich das Publikum mit alten Kabarett-Badenbütern unter dem Titel „neue Chanson“ zu bedienen. Müßen denn Nachtvorstellungen stattfinden, wenn die Theaterleitung nicht imstande ist, ein reicheres Programm zu bieten?

Leopoldine Konstantin wird in der nächsten Woche in Prag die Titelrolle in der neuen Komödie „Die Gallerie des König“ als Gast darstellen.

Neues deutsches Theater. Heute „Figaros Hochzeit“, Donnerstag (Marta Empfanonis) vormittags halb elf Uhr Kammermusik, nachmittags „Vetter aus Dingsda“, abends Gastspiel Elise Lord-Reikner „Polenblut“, Freitag „Posten und Postkette“ von Mozart, hierauf „Schauspieler“, Samstag nachmittags zwei Uhr „Die verurteilte Glode“ (starke Urania),

abends „Vetter aus Dingsda“, zehn Uhr nachts „Simulation“, „Goethe“ und „Schöner Filmstar“ (Pilsburleske). Sonntag fünf Uhr Gastspiel Reichler-Kubla „Meisterfinger von Nürnberg“.

Symphoniekonzert Tor Mann (Stockholm). 12. Dezember, großer Lucernsaal. Neben den jungen schwedischen Dirigenten Tor Mann schreibt die Kritik: „Tor Mann besitzt in vollem Maße die jugendliche Begeisterung für die Sache, ein warmes, ehrliches Musikertemperament, einen wachen Blick für die Dynamik des Orchesters und Sinn für Rhythmus.“ Mitwirkend: Raja Kinnberg, Gesang, Olof Wibergh, Klavier, beide aus Stockholm. Das Programm ist plattiert. Karten bei Wepler und Trublar.

X. vollständiges Sonntagskonzert. 11. Dezember in der Probkonditorei. Rudolf Serkin, der junge geniale Pianist, der sich in Prag bereits eine große Gemeinde von Bewunderern erworben hat, spielt Werke von Bach, Beethoven, Schubert, Liszt u. a. Karten bei Wepler.

**Bereinsnachrichten.**

Freie Vereinigung sozialistischer Arbeiter. Heute spricht Dr. A. Wintermuth über: „Die ökonomischen Grundlagen des Imperialismus.“ Karolinum I, 8 Uhr. Allgemein zugänglich.

Deutscher Bezirksbildungsausschuß Groß-Prag. Morgen Landestrat Dr. Rud. Slawitschek Staatsbürgerliche Erziehung (Volk, Staat und Wirtschaft). Fünfte Kurstunde. Kleiner Urania-Saal. Eintritt frei.



Heute acht Uhr abends Nikolaiabend des Bezirksverbandes der Anstaltlichen in Industrie, Handel und Verkehr, Prag, in Vereins Wintergarten. Karten an der Abendkasse.

**Herausgeber:**

Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**

Solide Optik. Ausführung ärztl. Rezept. **M. DEUTSCH** 260. Optiker u. Mechaniker, Prag I., Graben 25. (Kleiner Bazar.)



**PALMA**



Der unverwüsthliche Kautschuk-Schuhabsatz



249

**Liga**  
ist die führende Tafel-Margarine

**KING**  
DER KONIG DER WINTERRÖCKE!  
Vollständiger Ersatz für den teuren Stadtpelz!!!  
DER KING ist mit einem höchsten Stadtpelzüberzug versehen, hat einen echten Shawl-Fellkragen u. als Futter hohen braunen oder schwarzen Wollplüsch, der wärmer u. dauerhafter ist, als Fell, weil er keine Haare läßt.  
DEN KING erhalten Sie für **Kč 1625.-**  
ausschliesslich im Konfektionshause **Sigmund Stránský, Prag**  
HYBERNSKÁ.  
ALTE PREISE. Die 2% Umsatzsteuer trägt die Firma selbst.

VORNEHME HERRENSCHNEIDEREI NACH MASS  
AUS EIGENEN UND MITGEBRACHTEN STOFFEN  
**MAISON LOUVRE**  
PRAG, NARODNI TRIDA 20  
STETER EINGANG VON NEUHEITEN TELEPHON: 7863 4645 ERSTKLASS. SCHNITT UND VERARBEITUNG

**Bürsten, Pinsel und Reisbesen**  
liefern in garantiert bester Qualität  
**Brüder Zappner, Prag, Mikuláská 24.**  
Fabrik: Wrschowitz 666.

428 **GROSSER Ausverkauf**  
rein wollener Stoffe  
mit großer Ermäßigung anlässlich der Auflösung dieser Abteilung.  
1 Herrenanzug 3 m . . . . . 108.—  
1 Damenkostüm 3¼ m . . . . . 126.—  
70 cm Hemdenstoff . . . . . 11.—  
Barchent von 12.— bis . . . . . 20.—  
50 cm Samt in allen Farben . . . . . 40.—  
78 „ Rum'urger „de prima . . . . . 10.50  
80 „ Chiffon prima . . . . . 11.—  
120 „ Kanevas . . . . . 19.—  
fertige Strohhüte . . . . . 46.—  
**Hemden: Herren Damen**  
Flanell . . . . . 22.— 20.—  
Kalto mit Hemdbrust . . . . . 30.—  
Staus . . . . . 10.—  
Zephir . . . . . 30.—  
Chiffon Reform . . . . . 28.—  
Chiffon mit schöner Stickerei . . . . . 40.—  
Tritot . . . . . 25.— 32.—  
**Mädchen- und Knabenwäsche und Trikotanzüge von 10.— bis 25.—**  
**Unterhosen: Herren Damen**  
blaue Barchent . . . . . 28.—  
Kalmuk (weißer Flanell) . . . . . 40.— 36.—  
weißer Gradl mit franz. Gürtel . . . . . 42.—  
weißer Gradl mit Rosenband . . . . . 39.—  
Tritot . . . . . 28.— 26.—  
Barchent . . . . . 30.— 40.—  
Flanell . . . . . 28.—  
Barchentunterröcke . . . . . 45.—  
Schürzen von . . . . . 25.— bis 43.—  
**Herrenoberhosen, Damenoberhosen aus reinwollenen Stoff 20.—**  
**Reste:**  
Paket A 10 m Flanell und Barchent K 110.—  
Paket B 15 m Blusenbarchent u. Hemdenstoff . . . . . 190.—  
Paket C 20 m Barchent, Flanell u. Webw. . . . . 250.—  
Paket D 20 m eigenes schöne ausgesuchte Ware . . . . . 390.—  
Oben angeführte Reste werden auch 4 50 Meter versendet und wird das Paket  
**A B C D**  
K 490.—, 550.—, 575.—, 750.— berechnet.  
Leintuch weiß, 2 m lang, 120 cm breit . . . . . 44.—  
Leintuch ungelblich, 2 m lang, 120 cm breit . . . . . 36.—  
Leintuch weiß, 2 m lang, 140 cm breit . . . . . 13.—  
Moderne Seidenhalbtücher . . . . . 40.—  
Nichtpassendes nehme retour und retourniere das Geld.  
**Weberei u. Wäschefabrik OTTO KATZ, Prag I., Celetná 14, I. St.**

Spezialfabrik für Hemden, Kragen und Manchetten.  
**JOSEF FEIGL, PRAG-WRSCHOWITZ**  
Verlangt anerkannt beste „Glockenmarke“.  
Erdölllich in allen feinen Herrenmodegeschäften.

Wir erzeugen wieder feinste  
**Theemargarine „SANA“**  
und vorzügliche  
**Tafelmargarine „AXA“**  
den besten, altbewährten Butterersatz der Neuzeit in Friedensqualität.  
**Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín**  
Půjčovni 2.

**Feinster Punsch u. Liköre.**  
Julius **SCHMELZER**, Teplitz-Schönau  
Likörfabrik, Destillation mit Dampftrieb.  
Gegründet 1863. Gegründet 1863.

**Etamine und Stickerelen**  
en gros und en detail  
**EDMUND PICK, PRAG I., Altstädter Ring 24.**

**Beachtet unsere Inserate!**

Mur in der Wiederholung liegt der Erfolg der Anzeigen!